

Grenzschutzübung: Ein Schlepperfahrzeug wurde von österreichischen und ungarischen Beamten im Grenzgebiet gestoppt.

Gemeinsame Übung

Bundespolizei, Bundesheer und ungarische Grenzschutzbeamte übten den Grenzschutz an der österreichisch-ungarischen Grenze in Nickelsdorf in vier Szenarien.

ie Polizei übte mit dem Bundesheer und ungarischen Grenzschutzbeamten Anfang Juli 2020 den Grenzschutz zwischen Österreich und Ungarn in vier Szenarien. Im ersten Szenario wurden Migranten durch Luftunterstützung einer Drohne der österreichischen Polizei auf ungarischer Seite aufgegriffen. Das zweite Szenario stellte einen Durchbruchsversuch eines Schlepperfahrzeuges dar, das durch Zusammenarbeit zwischen den österreichischen und ungarischen Beamten noch im Grenzgebiet gestoppt werden konnte. Im dritten Szenario wurden Migranten in einem Feld von einem Black-Hawk-Hubschrauber des Bundesheeres erspäht, während im letzten Szenario ein Ansturm an die Grenze simuliert wurde. "Ich bin dem Bundesheer dankbar für die langjährige Kooperation. Wir haben zwei Assistenzeinsätze laufen: An der Grenze zu Ungarn und an der Grenze zu Slowenien", sagte Innenminister Karl Nehammer.





Grenzschutzübung: Migranten wurden von einem Bundesheerhubschrauber erspäht; ein Ansturm an der Grenze wurde abgewehrt.

3-Sicherheitsnetz-Strategie. Der Innenminister setzt beim Grenzschutz auf die "3-Sicherheitsnetz-Strategie". Das erste Sicherheitsnetz bildet der EU-Außengrenzschutz. Hier unterstützt Österreich vor allem Griechenland. Das zweite Sicherheitsnetz bieten die Westbalkanstaaten und deren Grenzsicherung. Innenminister Nehammer betonte die enge Zusammenarbeit mit den Westbalkanstaaten. Sie wurde durch die "Wiener Erklärung" zum Kampf gegen illegale Migration in der Ministerkonferenz vom 23. Juli 2020 weiter verstärkt.

Das dritte Sicherheitsnetz ist der Schutz der österreichischen Grenzen. "Unser Grenzschutz erfolgt in einer guten Tradition und Kooperation mit dem österreichischen Bundesheer. Übungen wie diese tragen Sorge dafür, dass es Bilder wie 2015 nicht mehr geben wird und die Menschen wieder Vertrauen in die Behörden haben", sagte Innenminister Nehammer.

Michael Tögel